

Ini2**Daniel Busseus, Hannah Elten, Frank Schobes****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****“Stärke des Rechts” anstatt “Recht des Stärkeren”: für eine unmissverständliche Positionierung der Bundesrepublik Deutschland als Verteidigerin einer völkerrechtsgebundenen internationalen Politik**

1 Wir bekräftigen die Verpflichtung zu einer in-
2 ternationalen Ordnung, die auf dem Völker-
3 recht, insbesondere auf der Charta der Ver-
4 einten Nationen, beruht. Eine regelbasierte
5 internationale Ordnung kann nur Bestand ha-
6 ben, wenn völkerrechtliche Normen univer-
7 sell gelten und unabhängig von politischen
8 Bündnissen oder strategischen Interessen an-
9 gewandt werden.

10 Wir fordern den Landesparteitag der SPD Ber-
11 lin sowie den Bundesparteivorstand der SPD
12 zur Umsetzung der folgenden Punkte auf:

13 1. Hinwirken auf eine eindeutige Positionie-
14 rung der deutschen Bundesregierung hin-
15 sichtlich des völkerrechtswidrigen Vorgehens
16 der USA ggü. Venezuela, einschl. klarer Be-
17 nennung der Missachtung des Gewaltverbots
18 und der Staatensouveränität. Diese Positio-
19 nierung sollte nach Möglichkeit im Verbund
20 mit anderen gleichgesinnten Staaten wie
21 Frankreich, Spanien und Venezuelas Nachbar-
22 staaten erfolgen.

23 2. Hinwirken auf eine klare völkerrechtliche
24 Positionierung der Bundesregierung zum mi-
25 litärischen Vorgehen der USA und Israels ge-
26 genüber Iran sowie der Reaktionen des Iran
27 gegen die Golfstaaten, einschl. klarer Benen-
28 nung der Missachtung des Gewaltverbots der
29 UN-Charta und Verstöße gegen das huma-
30 nitäre Völkerrecht. Diese Positionierung soll-
31 te nach Möglichkeit im Verbund mit anderen
32 gleichgesinnten Staaten wie Frankreich, Spa-
33 nien, Kanada und Großbritannien erfolgen.

34 3. Schutz von Zivilbevölkerung und politisch
35 Verfolgten aufrichtig voranstellen: Die in die-
36 ser Legislaturperiode eingeführte Suspendie-
37 rung humanitärer Visa nach § 22 AufenthG

38 ist aufzuheben und die Vergabe dieser Visa
39 unverzüglich wieder aufzunehmen. Zugleich
40 sind die deutschen Resettlement-Zusagen
41 gegenüber dem UNHCR deutlich auszuwei-
42 ten, insbesondere für Schutzsuchende aus
43 von den jüngsten Eskalationen besonders be-
44 troffenen Regionen wie Iran, Irak, Libanon
45 und Syrien. Darüber hinaus wird die Bun-
46 desregierung aufgefordert, weitere konkrete
47 Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, um
48 die iranische Zivilbevölkerung in ihrem Ein-
49 satz für Freiheit, Menschenrechte und demo-
50 kratische Selbstbestimmung wirksam zu un-
51 terstützen.

52 4. In begründeten Verdachtsfällen von Völ-
53 kerrechtsverstößen auch durch strategische
54 Partner wie die USA sind nach zügiger völker-
55 rechtlicher Prüfung auf mögliche Brüche des
56 (humanitären) Völkerrechts jeglicher Unter-
57 stützungsleistungen unverzüglich einzustel-
58 len, einschl. durch Datenübertragungen und
59 Überflugrechten über die Airbase Ramstein.

60 5. Angesichts wiederholter Handlungen und
61 politischer Positionierungen der USA, die
62 grundlegende Normen und Institutionen des
63 Völkerrechts missachten, fordern wir eine In-
64 itiative zur Bildung einer globalen Allianz im
65 Rahmen der Vereinten Nationen zur Verteidi-
66 gung des Völkerrechts. Ziel ist die Zusammen-
67 arbeit mit gleichgesinnten Staaten, insbeson-
68 dere auch mit Staaten des Globalen Südens,
69 um gemeinsame Maßnahmen zum Schutz
70 und zur Reform völkerrechtlicher und völ-
71 kerstrafrechtlicher Institutionen sowie zum
72 Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
73 ter zu entwickeln. Darüber hinaus sollen wei-
74 tere Schritte zur Stärkung des Völkerrechts,
75 zu seiner kohärenten und universalen An-
76 wendung durch alle Mitgliedstaaten sowie
77 zu wirksamen Konsequenzen bei Rechtsbrü-
78 chen erarbeitet werden. Dies schließt auch ei-
79 ne Prüfung der völkerrechtlichen Positionie-
80 rung Deutschlands ein, um mögliche Wider-
81 sprüche auszuräumen.

82 6. Angesichts der offenen Relativierung des
83 Völkerrechts durch politische Akteure und

84 Medien in Deutschland: eine proaktivere Be-
85 fassung und öffentliche Kommunikation mit
86 und von völkerrechtlichen Normen, Verträ-
87 gen sowie den sich daraus ergebenden ver-
88 fassungsrechtlichen Pflichten für die Bun-
89 desregierung durch SPD-Politiker*innen. Die-
90 se sollten eine strategische Auseinanderset-
91 zung und Erarbeitung einer klaren Haltung
92 zu den Konzepten “humanitäre Intervention”
93 und “Responsibility to Protect” und ihrer et-
94 waigen Anwendung beinhalten.

95

96 **Begründung**

97 Mit der Vermeidung einer öffentlichen völ-
98 kerrechtlichen Bewertung der am 3. Januar
99 2026 erfolgten militärischen US-Intervention
100 in Venezuela sowie des seit dem 28. Febru-
101 ar andauernden Kriegs gegen Iran trägt die
102 Bundesregierung faktisch zur Normalisierung
103 internationaler Rechtsbrüche bei, sofern die-
104 se durch Partner erfolgen. Eine solche selek-
105 tive Zurückhaltung schwächt die internatio-
106 nale Glaubwürdigkeit völkerrechtlicher Nor-
107 men und begünstigt eine Entwicklung, in der
108 machtpolitische Interessen zunehmend über
109 rechtliche Bindungen gestellt werden.

110 Das in Art. 2 Abs. 4 der Charta der Verein-
111 ten Nationen verankerte Verbot der Andro-
112 hung und Anwendung militärischer Gewalt
113 bildet das normative Fundament der inter-
114 nationalen Ordnung nach 1945. Wird dieses
115 Prinzip relativiert oder nur selektiv verteidigt,
116 droht eine schleichende Erosion der regelba-
117 sierten internationalen Ordnung zugunsten
118 eines Systems, in dem letztlich das Recht des
119 Stärkeren gilt.

120 Gerade Deutschland kommt hier eine beson-
121 dere Verantwortung zu. Nach Art. 25 des GG
122 sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts
123 Bestandteil des Bundesrechts. Daraus folgt
124 die Pflicht, völkerrechtliche Normen konse-
125 quent zu verteidigen, ihre universelle Anwen-
126 dung einzufordern und gemeinsam mit un-
127 seren europäischen Partnern sowie im multi-
128 lateralischen Rahmen für ihre Stärkung einzutre-
129 ten.